
Position: **Abstimmung zum Covid-19-Gesetz**

► **Wiedererlangte Freiheiten nicht gefährden !**

Das Covid-19-Gesetz schafft die gesetzliche Grundlage für die finanzielle Unterstützung von Pandemiebetreffenen und das Covid-Zertifikat – und damit für eine schrittweise Rückkehr in die Normalität.

Die derzeit gefühlte Sicherheit ist trügerisch: Die Immunisierung gegen Covid-19 ist in der Schweizer Bevölkerung noch nicht auf einem Niveau, das eine Aufhebung sämtlicher Massnahmen rechtfertigen würde.

Gleichwohl ist ein Leben und Arbeiten mit dem Virus weitestgehend möglich: Dank des Covid-Zertifikats haben wir zahlreiche unternehmerische und gesellschaftliche Freiheiten wiedererlangt.

Wird das Covid-19-Gesetz am 28. November abgelehnt, sind diese Freiheiten gefährdet.

Gesetz schafft Sicherheit, Freiheit und unterstützt Pandemiebetreffene

Gerade in einer Krise sind Unternehmen auf Rechtssicherheit angewiesen. Ein Nein zum Covid-19-Gesetz würde das Gegenteil bewirken:

- Ohne das Gesetz sind die weitgehend unbestrittenen finanziellen Unterstützungsbeiträge für pandemiebetreffene Unternehmen gefährdet; konkret die aufgestockten Härtefallgelder, die ausgeweitete Kurzarbeitsentschädigung oder der Erwerbsersatzanspruch für Selbstständigerwerbende. Für Personen, die aufgrund der Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren haben, stünden weniger Taggelder zur Verfügung.
- Sollte dem Covid-Zertifikat die rechtliche Grundlage entzogen werden, drohen ab dem 19. März 2022 verschiedenen Wirtschaftszweigen wieder Schliessungen – je nach epidemiologischer Entwicklung über die Wintermonate. Besonders hoch ist dieses Risiko in ohnehin arg herausgeforderten Branchen wie der Gastronomie, der Kultur oder im Sport.

- ▶ Das Zertifikat erleichtert den grenzüberschreitenden Personenverkehr massgeblich.
International tätige Unternehmen sind darauf angewiesen, ihre Mitarbeitenden kurzfristig und unkompliziert auf Geschäftsreisen entsenden zu können.
- ▶ Die Tourismusbranche ist nach schwierigen Monaten auf eine Rückkehr der ausländischen Touristen angewiesen.
Bei einem Nein zum Gesetz werden internationale Reisen wieder deutlich erschwert bis verunmöglicht.

Mit Impfung gegen Massnahmen

Es müssten eigentlich alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kreise an einer raschen und vollständigen Aufhebung der einschränkenden gesundheitspolizeilichen Massnahmen interessiert sein.

Der Weg dorthin führt aber nicht etwa über ideelle Kämpfe, Verneinen von Tatsachen und Parteiprofilierung – und erst recht nicht über eine Ablehnung des Covid-19-Gesetzes.

Eine Pandemie kann nur im Kollektiv überwunden werden. Erklärtes Ziel aller Akteure muss es deshalb sein, die Impfquote rasch nochmals deutlich anzuheben. Wenn dies gelingt, sollten auch die Diskussionen über den Einsatz des Covid-Zertifikats im Alltag bald hinfällig werden.

Ich empfehle das **Covid-19-Gesetz** klar zur Annahme und werde dieses mit einem **Ja am 28. November** an der Wahlurne unterstützen.

Ludwig Loretz

Landrat FDP



Andermatt, 28. Oktober 2021